

## Beilage 1481

### Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, geeignete Schritte zu unternehmen mit dem Ziele, daß das seit 3 Jahren mit Ausländern stark belegte und nunmehr auch von der Belegung mit amerikanischen Familien in hohem Maße betroffene Bad Wörishofen durch Freigabe von freiverwendenden Zimmern und Betten in den Stand gesetzt wird, das ihm wesenseigene Kur- und Fremdenbeherbergungsgewerbe wieder auszuüben und seine weltbekannte Stellung als Rneippisches Heilbad zu sichern.

München, den 9. Juni 1948.

Nicht

Baumeister, Dr. Bühner, Fischer Josef, Gröber, Schmid  
Karl, Dr. Stang (sämtliche CDU).

## Beilage 1482

### Kurze Anfrage Nr. 78.

Die Staatsregierung wird um Auskunft ersucht, welche Schritte sie unternommen hat, um

1. die Ursachen der 2. Dypthusepidemie innerhalb Jahresfrist in Neubötting zu klären.
2. welche Maßnahmen sie getroffen hatte, um dem abermaligen Auftreten einer solchen Epidemie vorzubeugen,
3. was sie für die Zukunft zu tun gedenkt, um Auftreten und Übergreifen solcher Epidemien zu vermeiden.

München, den 8. Juni 1948.

Dr. Sinnert  
und Fraktion (FDP).

## Beilage 1483

### Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, bekanntzugeben, welche Schritte sie unternommen hat, um die Freigabe der zur Zeit noch durch DPS oder die Besatzungsmacht belegten Hotels für den bayerischen Fremdenverkehr zu erreichen.

München, den 8. Juni 1948.

Dr. Sinnert  
und Fraktion (FDP).

## Beilage 1484

### Kurze Anfrage Nr. 80.

1. Was hat die Staatsregierung getan oder gedenkt sie zu tun, um die schwer arbeitenden geistig Schaffenden bei der Zuteilung von Lebensmitteln den körperlichen Schwerarbeitern gleichzustellen?
2. Was hat die Staatsregierung getan oder gedenkt sie zu tun, um die geistig Schaffenden, soweit sie selbständig tätig sind, also insbesondere die Angehörigen der freien Berufe, bei Zuteilung von Arbeitsmitteln und Arbeitsmaterial anderen Berufen gleichzustellen?

### Begründung:

1. Die Bekanntgabe der Lebensmittelfonderzulagen für die Mitglieder der Staatsregierung hat bei der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen. Es zeigt sich, daß die Bevölkerung mit Recht kein Verständnis dafür hat, daß irgendwelche behördlichen Stellen berechtigt sind, von sich aus ohne Kontrolle durch die Öffentlichkeit bestimmten Berufskreisen oder in bestimmten Stellungen Befindlichen Sonderzulagen zuzubilligen. Grundsätzlich hat die Staatsregierung dadurch, daß sie sich selbst Lebensmittellzulagen in, gemessen an den Bezügen der Normalverbraucher, erheblicher Höhe zubilligt, zum Ausdruck gebracht, daß sie die Einreihung der geistig Schaffenden, soweit sie sich ihrem Beruf intensiv widmen, in die Gruppe der Schwerarbeiter für notwendig hält. Die Konsequenz dieser Erkenntnis hätte sein müssen, daß die Staatsregierung für umgehende bessere Versorgung aller in Frage kommender Kreise gesorgt hätte. Aus der Gruppe der freien Berufe erhielten bisher die Ärzte, deren Tätigkeit dauernd ein großes Maß von Verantwortung in sich trägt und schärfste Konzentration von früh bis spät neben vielfach großer körperlicher Anstrengung erfordert, Zulagen, die aber immer mehr gekürzt wurden. Den Mitgliedern der Staatsregierung werden aber, wie sich jetzt herausstellt, noch erheblich höhere Zulagen gemacht.

2. Während die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft wenigstens in gewissem Rahmen Zuteilungen an Arbeitsmitteln und Arbeitsmaterial erhalten und im übrigen die Möglichkeit haben, sich fehlende Betriebsmittel durch Kompensation zu beschaffen, werden die Angehörigen der freien Berufe bei der Verteilung von Materialien und Arbeitsgerät weitgehend unberücksichtigt gelassen. Die Ärzte sind nicht in der Lage, sich das notwendige Instrumentarium oder die Verbandsmittel zu beschaffen, die Maler erhalten in ungenügender Weise Leinwand und Farben, den Bildhauern mangelt das Werkzeug, Rechtsanwälten, Architekten, Schriftstellern fehlt das Büromaterial, die Schreibmaschinen usw.

Die Staatsregierung muß Maßnahmen treffen, um allen diesen Kreisen eine Weiterarbeit zu ermöglichen.

München, den 8. Juni 1948.

Dr. Sinnert  
und Fraktion (FDP).